

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Als nächster Redner hat der Kollege Josip Juratovic von der SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der SPD)

**Josip Juratovic (SPD):**

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Als jemand, der den Balkankrieg unmittelbar erleben musste und der Hass und Gewalt nicht ausstehen kann, muss ich zugeben: Wir als größte Nation der Europäischen Gemeinschaft können uns nicht unserer gemeinsamen Verantwortung für eine **Stabilisierung des Friedens im Nahen Osten** entziehen.

(Beifall bei der SPD)

Ich denke, es ist für keinen von uns einfach, Soldatinnen und Soldaten mit einem Auftrag zu versehen, ohne die Garantie bieten zu können, dass sie nach der Erfüllung des Auftrags wieder gesund nach Hause zurückkehren. Deshalb möchte ich mein ausdrückliches Lob an unseren Außenminister für seine **diplomatischen Bemühungen**, die Gefahren der uns bevorstehenden Mission möglichst gering zu halten, richten. Das gibt Mut und Hoffnung vor allem für diejenigen, die in diesen Einsatz gehen müssen.

Viele Menschen stellen uns die berechtigte Frage: Wie viele Soldaten noch an wie viele Brennpunkte? Ich muss gestehen: Ich weiß es nicht. Ich weiß nicht, wo das nächste Mal ein Brand entsteht und wo wir Zerstörung, Verfolgung oder Mord verhindern müssen. Was ich weiß, ist, dass man präventiv handeln kann und muss. Es ist wichtig, der Weltgemeinschaft zu vermitteln, dass wir Europäer nicht nur eine Wirtschaftsgemeinschaft, sondern vor allem eine **Wertegemeinschaft** sind.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie des Abg. Winfried Nachtwei [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die OSZE-Schlussakte, die Charta der Grundrechte der EU und viele andere europäische Beschlüsse sind eine wichtige Grundlage dafür. Sie sind eine Grundlage für unsere gemeinsamen Ideen, Überzeugungen und Hoffnungen.

In unserem politischen Handeln müssen wir in der globalen Politik zu verstehen geben, dass für uns Freiheit, Frieden und Wohlstand für alle Menschen wichtig sind.

Frieden braucht Vertrauen. Vertrauen schaffen wir nur, wenn wir die nationalen und kulturellen Unterschiede der Menschen respektieren und nach gemeinsamen Werten und Interessen suchen. An dieser Stelle möchte ich ausdrücklich dem diplomatischen Korps, den politischen und den anderen Stiftungen sowie den vielen zivilen Organisationen meinen Dank für ihren Einsatz und ihre Bemühungen beim Vermitteln der von mir zuvor erwähnten Ziele aussprechen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Man kann ihre Leistung nicht hoch genug würdigen. Durch den Einsatz vieler Organisationen weltweit bleiben der Menschheit viele militärische Auseinandersetzungen und damit verbundene Opfer erspart.

Dennoch muss ich zugeben, dass manch eine Organisation vor Ort für große Verwirrung sorgt, unter Umständen sogar kontraproduktiv arbeitet. Bei meiner langjährigen Friedensarbeit auf dem Balkan musste ich oft feststellen, dass Menschen, die in ihrer Not auf Hilfe von außen angewiesen waren, zu Opfern gesellschaftspolitischer Experimente wurden. Ein Beispiel: Es kann nicht sein, dass wir in Europa vom „Sozialmodell Europa“ reden, während Vertreter der Wirtschaftsverbände in den Krisengebieten von „Marktwirtschaft pur“ sprechen und uns die Ergebnisse als angebliche Erfolgsmodelle anbieten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Damen und Herren, Sie glauben nicht, wie viele Glücksritter ich während meiner Friedensarbeit vor Ort erleben musste. Es war beschämend, beobachten zu müssen, dass manch ein so genannter Entwicklungshelfer nicht begriffen hat, dass er es mit am Boden zerstörten Menschen zu tun hat.

Deshalb möchte ich angesichts der kommenden deutschen EU-Ratspräsidentschaft die Schaffung einer **EUKoordinationsstelle für zivile Einsätze in Krisengebieten** empfehlen. Diese soll in den Krisengebieten gemeinsame europäische Werte und politische Ziele vermitteln, sich vor Ort am Aufbau der zivilen Gesellschaft beteiligen sowie die vor Ort aktiven Hilfsorganisationen beraten, unterstützen und ihre Einsätze sinnvoll koordinieren.

Das Ziel Deutschlands und der EU muss es sein, die innere Stabilität zu sichern, ohne die globale Sicherheit zu vernachlässigen. Deshalb müssen wir zur **EU-Erweiterung** und zur **europäischen Nachbarschaftspolitik** in Zukunft klar Position beziehen. Gerade für den **Westbalkan** muss die Beitrittsperspektive unmissverständlich definiert werden. Es ist wichtig, den dortigen politischen Kräften deutlich zu machen, dass wir nicht tolerieren, dass die Menschenrechtsfragen nur auf dem Papier gelöst werden, sondern eine aktive Bekämpfung der Nationalismen vor Ort erwarten.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen deshalb die demokratischen Kräfte unterstützen. Diesbezüglich liegt mir die **Jugend** besonders am Herzen. Es kann nicht sein, dass der Jugend in manchen Teilen Europas die Teilhabe an unseren Werten für immer verwehrt bleiben soll. Es ist wichtig, dass wir die EU-Nachbarschaftspolitik klar definieren und uns vor allem den jungen Menschen widmen. Sie müssen 4548 Deutscher Bundestag – 16. Wahlperiode – 46. Sitzung. Berlin, Mittwoch, den 6. September 2006

**Josip Juratovic**

begreifen, dass sie für die Gestaltung der **Demokratie** in ihrem Land der wichtigste Hoffnungsträger sind.

(Beifall bei der SPD)

Sie müssen begreifen, dass es in einer Demokratie nicht ausreicht, nur das private Leben zu organisieren, sondern dass sie sich auch an der Organisation der Gesellschaft beteiligen müssen. Dabei müssen wir ihnen helfen.  
Recht vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)